

Mögen sie erleuchtet werden



Foto: dpa – picture alliance

Da scheinen die Kronleuchter im Schloss Bellevue zu schwingen, als sich unser neues Management rechts und links vom Bundespräsidenten aufstellt. Mögen die sieben Damen und neun Herren in den verbleibenden dreieinhalb Jahren hell erleuchtet alle Probleme unseres Landes in den Griff bekommen. Natürlich kann man über den Koalitionsvertrag meckern, vor allem darüber, was nicht drinsteht. Mehr ging eben nicht. Wenn aber die Projekte abgearbeitet werden, die drinstehen, sind wir schon ein gutes Stück weiter. Wir haben viele Regierungsbildungen in unterschiedlichen Koalitionen erlebt, nie verspürte man aber eine so geradezu fragile Stimmung. Schon in zwei Jahren wollen die Sozialdemokraten die bis dahin geleistete Arbeit bewerten. Also eine Zwischenbilanz. Und dann?

Die SPD hat eine schwere Zeit vor sich. Das Wort „Erneuerung“ kann man nicht mehr hören. Was soll denn das heißen? Im April wird Andrea Nahles, die „Hammer und Amboss zugleich kann“, wie es der Kurzzeit-Vorsitzende Martin Schulz formulierte, erste Frau an der Spitze der ältesten Partei. Sie wird den Laden wuppen, davon kann man ausgehen. Sie kennt alle Tricks, auch um unliebsame Gegner aus dem Weg zu räumen. Da ist sie sich mit Angela Merkel sehr ähnlich.

Das Problem, das die SPD aber haben wird, ist, dass man mit Andrea Nahles keine Wahl gewinnen kann. Dazu erscheint sie den Leuten mit ihren flotten Sprüchen, verunglückten Gesangseinlagen im Bundestag, Herumgehüpfe vor laufenden Kameras, wenn die SPD mal über 20 Prozent gekommen ist, nicht seriös genug. Die Deutschen sind noch nicht reif für einen italienischen Polit-Clown wie Beppe Grillo.

Die SPD-Mitglieder werden die Erneuerung einfordern, obwohl die meisten gar nicht wissen, was darunter konkret zu verstehen ist. Ist es Erneuerung, wenn ein paar Leute aus der Parteispitze selbstherrlich allein bestimmen, wer Minister wird und wer nicht? Das war doch schon immer so. Den Partei- und Fraktionsvorsitz oder Regierungschef in einer Hand zu bündeln, hat Vorteile. Es ist aber auch verdammt viel Arbeit. Und das gerade in einer Zeit, wo die SPD unter großem Druck steht. Kevin Kühnert ist die personifizierte parteiinterne Opposition. Und so lange er das durchhält, wird er der Liebling aller Talk-Shows bis hin zu Böhmermann und dem ZDF-Kulturmagazin „aspekte“ bleiben. Ob das der SPD nutzt, darf in Frage gestellt werden. Es fehlt einem ein wenig die Phantasie, wie es die SPD schaffen will, wieder deutlich über 20 Prozent zu kommen.

Alle drei Koalitionsparteien müssen liefern. Allen voran die CSU. Am 14. Oktober wird in Bayern gewählt. Dass es jenseits der CSU eine Mehrheit geben könnte, ist ausgeschlossen. Es geht nur um die Koalitionsfrage, denn dass die CSU allein die Mehrheit der Mandate hinter sich versammeln wird, ist eher unwahrscheinlich. Die ersten Bewährungsproben für den neuen Ministerpräsidenten Markus Söder und Innen- und Heimatminister Horst Seehofer sind nur ein gutes halbes Jahr von heute entfernt. Derzeit steht die CSU bei 42 Prozent. SPD und Grüne liegen gleichauf bei je 14 Prozent, FDP 6, Freie Wähler 7 und AfD 10 Prozent. Die Linke mit 3 Prozent spielt in Bayern keine Rolle. Mal sehen, was draus wird.

Aber auch für die SPD gibt es ein Stimmungsbarometer, und zwar voraussichtlich am 28. Oktober in Hessen. Dort regiert derzeit eine Schwarz-Grüne Koalition unter Leitung von Volker Bouffier. Die Fortsetzung dieses Bündnisses könnte knapp werden, denn die CDU mit 31 und die Grünen mit 12 Prozent bekämen keine Mehrheit hin. Das liegt nicht an den Grünen. Die haben ihr Ergebnis von 2013 leicht verbessert. Die CDU hingegen verliert gut sieben Prozent. Die SPD kommt derzeit auf 26 Prozent, die FDP auf 9, die Linke auf 7 und die AfD auf 11 Prozent. Das wird spannend.

Auf Bundesebene wird die SPD darauf achten müssen, dass diesmal alle ihre Projekte realisiert werden. Daran haperte es bei der letzten GroKo. Und sie wird deutlicher als bisher ihre Erfolge hervorheben müssen. Dass sich die Wähler bei Angela Merkel für den Mindestlohn und die Ehe für alle bedanken, darf nicht wieder passieren. Die Stimmung in der Koalition wird also angespannt sein, ein fortwährender Konkurrenzkampf und dazu noch mehr Oppositionsparteien als ein normales Nervenkostüm aushalten kann. AfD, FDP, Linke, Grüne. Das ist die Reihenfolge, in der die Opposition auf alles im Bundestag reagieren wird, was ansteht. Bei der AfD gewinnt der Begriff „Oppositionsführerschaft“ eine völlig neue Bedeutung.

Vom Ministerkuchen hat die CDU nur die kleineren Stücke abbekommen. Da kann man noch so viel Ludwig Erhard bemühen, das Wirtschaftsministerium, selbst durch Energie angereichert, ist keine Machtzentrale mit entsprechendem Budget. Stärken, integrieren, vorantreiben, fortentwickeln. Das sind die Schlagworte, die die Aufgaben des Ministeriums beschreiben. Also eher eine moderierende Aufgabe.

Wie bei der SPD, sind auch die Mitglieder der CDU angejuckt beim Thema Erneuerung. Mit ihrer Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer hat Angela Merkel ein Zeichen in die eigenen Reihen gesetzt. Zur

Beruhigung. Jetzt kommt es darauf an, die sympathische Saarländerin aufzubauen. Um das zu erreichen, muss Angela Merkel von ihrem selbst gesteckten Ziel, die volle Legislaturperiode ableisten zu wollen, endlich Abstand nehmen. Ende 2019, wenn die SPD Zwischenbilanz ziehen will, sollte sie das Kanzleramt an AKK übergeben.

Man kann für die CDU nur hoffen, dass es im Kabinett nicht zu Profilierungskämpfen kommt. Ursula von der Leyen sollte ihre Ambitionen beim nächsten Truppenbesuch in Afghanistan im Wüstensand vergraben. Und auch Jens Spahn sollte sich zurücknehmen. Wenn immer wieder unklare Aussagen von ihm ewig in den Medien interpretiert werden müssen und er seine Parteifreunde zu halbherzigen Statements zwingt, ist das keine Grundlage für einen geeigneten Kanzlerkandidaten. Es war ein Fehler von Merkel, Spahn ins Kabinett zu berufen. Er wird sich an keine Disziplin halten, dazu schwätzt er zu gern.

Apropos Fehler: Der grundlegendste Fehler der CDU war jedoch, Angela Merkel eine vierte Amtszeit zu ermöglichen. Das bringt mich wieder zu meinem Lieblingsthema der Amtszeitbeschränkung auf zwei Legislaturperioden. Unsere Vorwürfe an die Russen, Türken und Chinesen, deren Präsidenten die Verfassungen ihrer Länder ändern, um ewig im Amt bleiben zu können, sind berechtigt, aber unglaubwürdig. Angela Merkel schafft es ohne Verfassungsänderung unbegrenzt im Amt bleiben zu können.

Der letzte Abschnitt in dieser Betrachtung soll der zweiten Reihe hinter den Ministern gewidmet sein. Es gibt Staatsminister, allein vier im Bundeskanzleramt und drei im Außenministerium, dazu eine Reihe von „parlamentarischen Staatssekretären“ (mit Bundestagsmandat) und genauso viele „beamtete Staatssekretäre“. Rechnet man die zweite Reihe zusammen, kommt man locker über 40 Positionen, die sicherlich alle wichtig und sinnvoll sind. Oft werden diese Posten mit Leuten besetzt, die man woanders nicht mehr haben wollte. So wird der ehemalige CDU-Generalsekretär Peter Tauber Staatssekretär im Verteidigungsministerium, und Wirtschaftsminister Peter Altmeier holt sich einen alten Amigo ins Haus. Jürgen Nußbaum, an dessen Amtszeit als Finanzsenator in Berlin die wenigsten eine gute Erinnerung haben. Einen Job gibt Nußbaum nun auf, den bei der BZ als Dauerklugscheißer, der dem Berliner Senat in der Rubrik „Butter bei die Fische“ Woche für Woche erzählt, was er falsch macht. Allein dafür, dass diese Kolumne entfällt, hat sich die Bildung der neuen Bundesregierung für Berlin gelohnt.

Ed Koch